

**Der Text dieser Prüfungsordnung ist nach dem aktuellen Stand sorgfältig erstellt; gleichwohl ist ein Irrtum nicht ausgeschlossen. Verbindlich ist der amtliche, beim Prüfungsamt einsehbare Text.**

**Hinweis:**

Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die Ihr Studium ab dem Wintersemester 2010/2011 aufnehmen werden.

Studierende im Aufbaustudiengang Psychogerontologie mit Abschluss Diplom können auf Antrag wechseln.

**Prüfungsordnung für das Masterstudium Gerontologie an der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**  
**Vom 27. September 2007**

geändert durch Satzungen vom  
19. März 2009  
1. September 2009  
11. August 2010

Auf Grund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2, Art. 43 Abs. 5 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg folgende Prüfungsordnung:

§ 1	Geltungsbereich.....	2
§ 2	Abschlussgrad .....	2
§ 3	Teilzeitstudium.....	2
§ 4	Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen; Regelstudienzeit .....	2
§ 5	ECTS-Punkte .....	2
§ 6	Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise.....	3
§ 7	Prüfungsfristen, Folgen der Fristversäumnis .....	3
§ 8	Prüfungsausschuss.....	4
§ 9	Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht.....	4
§ 10	Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden; Anmeldung .....	5
§ 11	Zulassungskommission.....	5
§ 12	Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen .....	5
§ 13	Ordnungsverstoß, Täuschung .....	7
§ 14	Entzug akademischer Grade .....	7
§ 15	Mängel im Prüfungsverfahren.....	7
§ 16	Schriftliche Prüfung.....	7
§ 17	Mündliche Prüfung .....	8
§ 18	Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote .....	8
§ 19	Ungültigkeit der Prüfung .....	9
§ 20	Einsicht in die Prüfungsakten.....	9
§ 21	Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde .....	10
§ 22	Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung .....	10
§ 23	Nachteilsausgleich.....	10
§ 24	Qualifikation zum Masterstudium .....	10

§ 25	Zulassung zur Masterprüfung .....	11
§ 26	Masterprüfung.....	11
§ 27	Masterarbeit.....	11
§ 28	Wiederholung.....	13
§ 29	In-Kraft-Treten .....	13

### **§ 1 Geltungsbereich**

(1) Diese Prüfungsordnung regelt Zugang und Prüfungen im nicht-konsekutiven Masterstudiengang Gerontologie mit dem Abschlussziel des Master of Science.

(2) <sup>1</sup>Der Master of Science ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss des stärker anwendungsorientierten Masterstudiums. <sup>2</sup>Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden

1. vertiefte Kenntnisse der Grundlagen und der wesentlichen Forschungsergebnisse der Gerontologie und angrenzender Fächer erworben haben,
2. die Fähigkeit besitzen, nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu arbeiten, und
3. auf die Berufspraxis vorbereitet sind.

### **§ 2 Abschlussgrad**

Aufgrund der bestandenen Prüfungen wird der akademische Grad Master of Science (abgekürzt: M.Sc.) verliehen, der auch mit dem Zusatz (FAU Erlangen-Nürnberg) geführt werden kann.

### **§ 3 Teilzeitstudium**

<sup>1</sup>Das Masterstudium kann in der Form des Teilzeitstudiums absolviert werden. <sup>2</sup>Die Wahl des Teilzeitstudiums ist bei der Immatrikulation schriftlich gegenüber der Studentenkanzlei zu erklären. <sup>3</sup>Im Teilzeitstudium können pro Semester maximal 20 ECTS-Punkte erworben werden. <sup>4</sup>Eine Überschreitung dieser ECTS-Punktzahl um maximal insgesamt 10 ECTS-Punkte während des gesamten Studiums ist zulässig.

### **§ 4 Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen; Regelstudienzeit**

(1) <sup>1</sup>Das Masterstudium wird mit der Masterprüfung abgeschlossen. <sup>2</sup>Sie besteht aus sämtlichen, dem Masterstudium zugeordneten Fachmodulen, wie sie in **Anlage 1** beschrieben sind.

(2) <sup>1</sup>Die Regelstudienzeit des Masterstudiums einschließlich der Prüfungen beträgt vier Semester. <sup>2</sup>Zum erfolgreichen Abschluss sind 120 ECTS-Punkte erforderlich.

(3) <sup>1</sup>Die Regelstudienzeit des Masterstudiums im Teilzeitstudium beträgt sechs Semester. <sup>2</sup>Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Das Vollzeitstudium beginnt in der Regel jeweils zum Wintersemester.

(5) Das Teilzeitstudium beginnt in der Regel sowohl im Wintersemester als auch im Sommersemester.

### **§ 5 ECTS-Punkte**

(1) <sup>1</sup>Die Organisation von Studium und Prüfungen beruhen auf dem European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS). <sup>2</sup>Das Studiensemester ist mit 30 ECTS-

Punkten veranschlagt; § 3 bleibt unberührt. <sup>3</sup>Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden.

(2) <sup>1</sup>ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. <sup>2</sup>Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

### **§ 6 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise**

(1) <sup>1</sup>Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. <sup>2</sup>Ein Modul ist eine zeitlich zusammenhängende und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) <sup>1</sup>Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. <sup>2</sup>Diese Prüfung kann in einer Prüfungsleistung, in einer aus mehreren Teilprüfungen zusammengesetzten Prüfungsleistung, in einer Studienleistung oder in mehreren Studienleistungen oder aus einer Kombination aus Prüfungs- und Studienleistungen bestehen. <sup>3</sup>ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. <sup>4</sup>Studienbegleitende Modulprüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters angeboten werden.

(3) <sup>1</sup>**Prüfungsleistungen** und **Studienleistungen** messen den Erfolg der Studierenden. <sup>2</sup>Sie können schriftlich, mündlich oder in anderer Form erfolgen. <sup>3</sup>Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. <sup>4</sup>Bei Studienleistungen kann sich die Bewertung auf die Feststellung der erfolgreichen Teilnahme beschränken.

### **§ 7 Prüfungsfristen, Folgen der Fristversäumnis**

(1) <sup>1</sup>Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten in der Masterprüfung bis zum Ende des Regeltermins erworben ist. <sup>2</sup>Regeltermin ist das letzte Semester der Regelstudienzeit. <sup>3</sup>Der Regeltermin nach Satz 2 darf in der Masterprüfung um ein Semester überschritten werden (Überschreitungsfrist). <sup>4</sup>Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 3 erworben wurde, es sei denn, die Studierende oder der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Absatz 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen für die Gewährung von Erziehungsurlaub nach Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Beamtengesetz, §§ 12 bis 15 Urlaubsverordnung.

(3) <sup>1</sup>Die Gründe nach den Absätzen 1 und 2 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>2</sup>Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden angerechnet. <sup>3</sup>Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der Prüferin oder dem Prüfer geltend gemacht werden; in Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

## **§ 8 Prüfungsausschuss**

(1) <sup>1</sup>Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. <sup>2</sup>Dem Prüfungsausschuss gehören fünf Mitglieder an. <sup>2</sup>Die Mitglieder werden vom Fakultätsrat auf Vorschlag der oder des vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin oder Fachvertreters für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. <sup>3</sup>Wählbar sind alle an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg nach dem Bayerischen Hochschulgesetz (BayHSchG) und der Hochschulprüfverordnung (HSchPrüfV) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss bestimmt ein Mitglied für drei Jahre zu der oder dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. <sup>5</sup>Die oder der Vorsitzende kann ihr oder ihm oder dem Prüfungsausschuss obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses zur Erledigung übertragen.

(2) <sup>1</sup>Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Benehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prüfungen. <sup>2</sup>Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. <sup>3</sup>Er trifft alle anfallenden Entscheidungen mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden sowie des Erlasses der Prüfungsbescheide als Aufgabe des Prüfungsamts. <sup>4</sup>Der Prüfungsausschuss überprüft die Bewertung der Prüfungsleistungen auf ihre Rechtmäßigkeit. <sup>4</sup>Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen.

(3) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. <sup>2</sup>Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. <sup>3</sup>Geheime Abstimmung, Stimmenthaltung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>4</sup>Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) <sup>1</sup>Die oder der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. <sup>2</sup>Sie oder er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. <sup>3</sup>Hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich in Kenntnis zu setzen. <sup>4</sup>Darüber hinaus kann, soweit diese Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der oder dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen.

(5) <sup>1</sup>Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. <sup>2</sup>Der Studierenden oder dem Studierenden ist vor ablehnenden Entscheidungen Gelegenheit zur Äußerung zu geben. <sup>3</sup>Widerspruchsbescheide erlässt die Rektorin oder der Rektor, in fachlich-prüfungsrechtlichen Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen Prüfenden.

## **§ 9 Prüfende, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht**

(1) <sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden. <sup>2</sup>Es können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz und der HSchPrüfV berechtigten Personen bestellt werden. <sup>3</sup>Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt dessen Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

(2) Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel der Prüferin oder des Prüfers ist zulässig.

(3) Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer in mündlichen Prüfungen (§ 17) kann bestellt werden, wer das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat.

(4) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.

(5) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 3 BayHSchG.

### **§ 10 Bekanntgabe der Prüfungsart, der Prüfungstermine und der Prüfenden; Anmeldung**

(1) <sup>1</sup>Spätestens eine Woche vor Vorlesungsbeginn jedes Semesters werden Art und Umfang der Prüfungen in einem öffentlich zugänglichen Modulkatalog veröffentlicht. <sup>2</sup>Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden gibt der Prüfungsausschuss rechtzeitig ortsüblich bekannt.

(2) <sup>1</sup>Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. <sup>2</sup>Die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden von der Modulverantwortlichen oder dem Modulverantwortlichen rechtzeitig bekannt gegeben.

### **§ 11 Zulassungskommission**

Die Prüfung der Qualifikations- und Zulassungsvoraussetzungen zum Masterstudium obliegt dem Prüfungsausschuss für den Masterstudiengang Gerontologie als zuständiger Zulassungskommission.

### **§ 12 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen**

(1) Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen im selben Diplom-, Bachelor- oder Masterstudiengang Psychogerontologie bzw. Gerontologie an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet.

(2) <sup>1</sup>Studienzeiten, Module, Studienleistungen, Zwischen- und Diplomvorprüfungen und andere Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen an dieser oder einer anderen in- oder ausländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule können im Umfang von maximal 40 ECTS-Punkten angerechnet beziehungsweise anerkannt werden, außer wenn sie nicht gleichwertig sind. <sup>2</sup>Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeit, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des Studiums nach dieser Prüfungsordnung im Wesentlichen entsprechen. <sup>3</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>4</sup>Für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten, Modulen, Prüfungs- und Studienleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften maßgebend. <sup>5</sup>Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vor-

liegen, entscheidet der Prüfungsausschuss. <sup>6</sup>Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder gehört werden.

(3) <sup>1</sup>Studienzeiten, Module, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien werden entsprechend angerechnet beziehungsweise anerkannt, es sei denn, sie sind nicht gleichwertig; entsprechendes gilt für die erfolgreiche Teilnahme an Lehrangeboten der Virtuellen Hochschule Bayern.

(4) <sup>1</sup>Studienzeiten an Fachhochschulen und dabei erbrachte Module, Studien- und Prüfungsleistungen werden angerechnet, soweit sie den Anforderungen des weiteren Studiums entsprechen.

(5) <sup>1</sup>Auf Leistungsnachweise propädeutischer Lehrveranstaltungen und berufspraktische Tätigkeiten werden einschlägige Berufs- oder Schulausbildungen angerechnet, soweit sie gleichwertig sind. <sup>2</sup>Studien- und Prüfungsleistungen einer mit Erfolg abgeschlossenen Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien werden angerechnet, soweit sie von Inhalt und Niveau den Studien- und Prüfungsleistungen nach dieser Prüfungsordnung gleichwertig sind. <sup>3</sup>Der Anteil der anrechenbaren Kenntnisse und Fähigkeiten, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben worden sind, kann maximal 40 ECTS-Punkte betragen.

(6) <sup>1</sup>Module, Studien- und Prüfungsleistungen, die für einen anderen bereits bestandenen Studienabschluss als Leistungsnachweise vorgelegt worden sind, können für einen Studiengang nach dieser Prüfungsordnung nicht mehr anerkannt werden. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann hiervon Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn es sich um propädeutische Veranstaltungen handelt, und diese weniger als 30 Prozent der in dem Studium nach dieser Prüfungsordnung geforderten Leistungsnachweise ausmachen.

(7) <sup>1</sup>Wer die Anrechnung beziehungsweise Anerkennung beantragt, muss die erforderlichen Unterlagen vor Antritt der zu ersetzenden Prüfung dem Prüfungsausschuss vorlegen. <sup>2</sup>Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 6 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung beziehungsweise Anrechnung. <sup>3</sup>Die Entscheidung trifft die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Anhörung der vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin oder des Fachvertreters; die Entscheidung ergeht schriftlich. <sup>4</sup>Die Anrechnung von Studienzeiten, Modulen, Studien- und Prüfungsleistungen, die in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen.

(8) <sup>1</sup>Die Noten anerkannter oder angerechneter Prüfungen und Studienleistungen werden übernommen, wenn sie entsprechend §§ 17 f gebildet wurden. <sup>2</sup>Die Tatsache der Übernahme wird im Zeugnis vermerkt. <sup>3</sup>Beruhet die Anrechnung auf mehreren Einzelleistungen, so dass eine Notenbildung nicht möglich ist, oder entspricht das Notensystem der angerechneten Prüfungs- oder Studienleistung nicht §§ 17 f, so wird in das Zeugnis unter Angabe der Hochschule nur ein Anerkennungsvermerk 'bestanden' aufgenommen, eine Notenwiedergabe oder eine Notenumrechnung unterbleiben.

### **§ 13 Ordnungsverstoß, Täuschung**

(1) <sup>1</sup>Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet und damit als nicht bestanden, wenn die Studierende oder der Studierende von einer Prüfung ohne triftige Gründe zurücktritt. <sup>2</sup>Die für den Rücktritt oder die Versäumnis nach Satz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. <sup>3</sup>Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird ein neuer Termin anberaumt. <sup>4</sup>In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangt werden.

(2) <sup>1</sup>Bei einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. <sup>2</sup>Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der oder dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(3) Die Entscheidung über den Ausschluss von der weiteren Teilnahme an der Prüfung trifft der Prüfungsausschuss.

### **§ 14 Entzug akademischer Grade**

Der Entzug des Mastergrades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG

### **§ 15 Mängel im Prüfungsverfahren**

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag einer Studierenden oder eines Studierenden oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einer oder einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der Prüferin oder dem Prüfer und bei der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Absatz 1 nicht mehr getroffen werden.

### **§ 16 Schriftliche Prüfung**

(1) In der schriftlichen Prüfung (Klausur, Referat, Hausarbeit) sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können.

(2) <sup>1</sup>Klausuren dauern in der Regel 60 Minuten; sie werden in der Regel von der Erstellerin oder dem Ersteller der Aufgabe beurteilt. <sup>2</sup>Auf Antrag kann die Ablegung einer Prüfung in englischer Sprache zugelassen werden. <sup>3</sup>Hausarbeiten sollen in der Regel nicht mehr als 20 bis 30 Seiten umfassen. <sup>4</sup>Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete Prüfung ist von zwei Prüfenden zu beurteilen.

## § 17 Mündliche Prüfung

(1) <sup>1</sup>In der mündlichen Prüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. <sup>2</sup>Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, in Anwesenheit einer Beisitzerin oder eines Beisitzers statt, die oder der von der Prüferin oder dem Prüfer bestellt wird.

(2) <sup>1</sup>Die Dauer einer mündlichen Prüfung beträgt ca. 30 Minuten. <sup>2</sup>§ 15 Abs.1, zweiter Halbsatz und Absatz 2 gelten entsprechend.

(3) In der mündlichen Prüfung vor mehreren prüfungsberechtigten Personen setzt jeder Prüfende die Note nach § 18 fest.

(4) <sup>1</sup>Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen ist: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin oder des Beisitzers und der Studierenden oder des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. <sup>2</sup>Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin oder dem Beisitzer unterzeichnet. <sup>3</sup>Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich.

(5) <sup>1</sup>Zu mündlichen Prüfungen werden Studierende, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen; auf Verlangen einer Prüfungskandidatin oder eines Prüfungskandidaten werden Zuhörerinnen oder Zuhörer ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

## § 18 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) Die Urteile über die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer durch folgende Prädikate und Notenstufen ausgedrückt:

<b>sehr gut</b>	= (1,0 oder 1,3)	eine hervorragende Leistung;
<b>gut</b>	= (1,7 oder 2,0 oder 2,3)	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
<b>befriedigend</b>	= (2,7 oder 3,0 oder 3,3)	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
<b>ausreichend</b>	= (3,7 oder 4,0)	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
<b>nicht ausreichend</b>	= (4,3 oder 4,7 oder 5,0)	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) <sup>1</sup>Eine Prüfung (§ 6 Abs. 2) ist bestanden, wenn sie mindestens mit der Note „ausreichend“ bewertet ist. <sup>2</sup>Bei unbenoteten Prüfungen (§ 6 Abs. 3 Satz 4) lautet die Bewertung „mit Erfolg teilgenommen“ oder „nicht mit Erfolg teilgenommen“. <sup>3</sup>Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten, so ergibt sich die Note aus dem Mittel der Einzelnoten. <sup>4</sup>Eine Prüfung ist bestanden, wenn alle Teilleistungen (§ 6 Abs. 2) bestanden sind. <sup>5</sup>In der **Anlage** kann geregelt werden, in welchen Prüfungen abweichend von Satz 4 eine Kompensation dergestalt stattfindet, dass der Durchschnitt aller Teilprüfungen mindestens die Note „ausreichend“ ergeben muss. <sup>6</sup>Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen



Stellen entfallen ohne Rundung. <sup>7</sup>Wird keine benotete Prüfung abgehalten, lautet die Bewertung des bestandenen Moduls „mit Erfolg teilgenommen“.

(3) <sup>1</sup>In die Gesamtnote der Masterprüfung gehen die Modulnoten mit dem Gewicht der ECTS-Punkte ihres Moduls ein. <sup>2</sup>**Anlage 1** kann vorsehen, dass einzelne Modulprüfungen oder Modulteilprüfungen mit unterschiedlichem Gewicht in die Notenberechnung für die Gesamtnote eingehen. <sup>3</sup>Bei der Berechnung der Gesamtnote wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; die weiteren Stellen entfallen ohne Rundung.

(4) Die Gesamtnote der Masterprüfung und der Module lautet:  
bei einem Durchschnitt bis 1,5 = sehr gut  
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = gut  
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = befriedigend  
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = ausreichend.

### **§ 19 Ungültigkeit der Prüfung**

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunde bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Vor einer Entscheidung ist der Studierenden oder dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) <sup>1</sup>Die unrichtige Urkunde wird eingezogen; es wird gegebenenfalls eine neue Urkunde ausgestellt. <sup>2</sup>Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunde ausgeschlossen.

### **§ 20 Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Nach Abschluss der einzelnen Prüfungsverfahren erhält die Studierende oder der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden bzw. die Prüfungsprotokolle.

(2) <sup>1</sup>Der Antrag ist binnen eines Monats nach Notenbekanntgabe bei dem für die Einsicht zuständigen Prüfungsorgan zu stellen. <sup>2</sup>Die Einsicht wird durch den Prüfer gewährt, soweit nicht das Prüfungsamt zuständig ist; näheres regelt der Prüfungsausschuss.

(3) Wer ohne eigenes Verschulden verhindert war, die Frist nach Satz 1 einzuhalten, kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Art. 32 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) in der jeweils geltenden Fassung beantragen.

## **§ 21 Zeugnis, Diploma Supplement, Transcript of Records, Urkunde**

(1) Wer einen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat, erhält möglichst innerhalb von sechs Wochen ein Zeugnis, ein Transcript of Records, ein Diploma Supplement und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades.

(2) <sup>1</sup>Das Zeugnis enthält die Module und Modulnoten und die Gesamtnote der Masterprüfung. <sup>2</sup>Das Transcript of Records führt alle besuchten Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. <sup>3</sup>Das Transcript of Records und das Diploma Supplement werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt. <sup>4</sup>Näheres zum Diploma Supplement, insbesondere zum Inhalt, bestimmt der Prüfungsausschuss. <sup>5</sup>Informationen, die dem Prüfungsamt noch nicht vorliegen, müssen dort spätestens bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Studiengangs einschließlich entsprechender Nachweise vorgelegt werden; andernfalls können sie in den Dokumenten nach Absatz 1 nicht mehr berücksichtigt werden.

## **§ 22 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung**

Wer die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung eine schriftliche Bescheinigung, aus der sich das Nichtbestehen der Prüfung, die in den einzelnen Modulprüfungen erzielten Noten und die noch fehlenden Prüfungsleistungen ergeben.

## **§ 23 Nachteilsausgleich**

(1) <sup>1</sup>Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. <sup>2</sup>Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass der Prüfungsausschuss gestattet, gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

(2) Für Schwangere, die bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden, gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 trifft der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag.

## **§ 24 Qualifikation zum Masterstudium**

(1) <sup>1</sup>Qualifikationsvoraussetzung zum Masterstudium der Gerontologie ist ein einschlägiges, mit überdurchschnittlichem Erfolg abgeschlossenes Diplom-, Bachelor- oder Masterstudium an einer deutschen oder ausländischen Universität oder Fachhochschule oder ein anderer vergleichbarer in- oder ausländischer Abschluss und die erfolgreiche Absolvierung des Qualifikationsfeststellungsverfahrens nach **Anlage 2**. <sup>2</sup>Als „einschlägig“ gelten Abschlüsse in Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Sportwissenschaft, Medizin, Pflegewissenschaft oder als Sozialwirt (Wissenschaftliche Hochschule). <sup>3</sup>Auf Antrag können vergleichbare Abschlüsse als äquivalent anerkannt werden, wenn durch das absolvierte Studium oder durch Berufstätigkeit ein ausgeprägter Bezug zur Gerontologie nachgewiesen wird. <sup>4</sup>Abschlüsse, die nach einem

anderen Notensystem bewertet wurden, müssen im Rahmen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens entsprechend auf Äquivalenz überprüft werden.

(2) <sup>1</sup>Bewerberinnen oder Bewerber, die zu den 50 v. H. Besten ihres Jahrganges zählen und den entsprechenden Studiengang mit einer Gesamtnote nicht schlechter als 2,5 bzw. dem Prädikat „gut“ abgeschlossen haben sollen, werden aufgenommen, wenn sie an einer Qualifikationsfeststellungsprüfung erfolgreich teilgenommen haben. <sup>2</sup>Abschlüsse, die nach einem anderen Notensystem bewertet wurden, müssen mindestens ein dem Prädikat „gut“ vergleichbares Prädikat aufweisen.

### **§ 25 Zulassung zur Masterprüfung**

(1) <sup>1</sup>Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Prüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. <sup>2</sup>Zu versagen ist die Zulassung, wenn

1. die in **Anlage 1** vorgeschriebene Nachweise nicht vorliegen
2. die der Zulassung zum Studium zugrunde liegende Bachelorprüfung oder der vergleichbare Abschluss oder die Masterprüfung endgültig nicht bestanden ist oder als endgültig nicht bestanden gilt
3. die Diplomprüfung im Fach Psychogerontologie oder eine vergleichbare Prüfung nicht bestanden ist
4. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

(2) Ist die Zulassung zu den Prüfungen des Studiengangs zu versagen, so ist unverzüglich die Entscheidung zu treffen, schriftlich mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der Studierenden oder dem Studierenden bekannt zu geben.

### **§ 26 Masterprüfung**

(1) <sup>1</sup>Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Masterarbeit. <sup>2</sup>Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Masterarbeit bestanden sind.

(2) <sup>1</sup>Die Masterprüfung umfasst die Modulprüfungen, die in **Anlage 1** näher beschrieben sind. <sup>2</sup>Module, die bereits Gegenstand einer Bachelorprüfung waren, können in der Regel nicht mehr in die Masterprüfung eingebracht werden; der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen zulassen.

### **§ 27 Masterarbeit**

(1) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. <sup>2</sup>Sie soll zeigen, dass die Studierende oder der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus ihrem oder seinem Fach selbständig und nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. <sup>3</sup>Die Masterarbeit darf nicht mit einer früher vorgelegten eigenen Diplom-, Magister- oder Masterarbeit oder Dissertation in wesentlichen Teilen übereinstimmen. <sup>4</sup>Sie soll 80 Seiten nicht überschreiten und ist einschließlich der Teilnahme am Master-Colloquium als Studienleistung mit 30 ECTS-Punkten bewertet.

(2) Zulassungsvoraussetzung zur Masterarbeit ist im Vollzeitstudium die Immatrikulation im 4. Fachsemester und im Teilzeitstudium die Immatrikulation im 6. Fachsemester.

(3) <sup>1</sup>Die Studierenden sorgen dafür, dass sie ein Thema für die Masterarbeit erhalten. <sup>2</sup>Thema und Tag der Ausgabe sind von der Betreuerin oder vom Betreuer zu bestätigen und beim Prüfungsausschuss mitzuteilen. <sup>3</sup>Gelingt es der Studierenden oder dem Studierenden trotz ernsthafter Bemühungen nicht, ein Thema zu erhalten, weist die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit einer Fachvertreterin oder einem Fachvertreter der Studierenden oder dem Studierenden auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin oder einen Betreuer zu.

(4) <sup>1</sup>Die hauptberuflich im jeweiligen Studiengang tätigen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sind zur Vergabe einer Masterarbeit berechtigt. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten und regeln.

(5) <sup>1</sup>Die Zeit von der Themenstellung bis zur Ablieferung der Masterarbeit darf im Vollzeitstudium sechs und im Teilzeitstudium neun Monate nicht überschreiten; das Thema muss so begrenzt sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. <sup>2</sup>Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungsfrist ausnahmsweise um höchstens drei Monate verlängern. <sup>3</sup>Weist die Studierende oder der Studierende durch ärztliches Zeugnis nach, dass sie oder er durch Krankheit an der Bearbeitung gehindert ist, ruht die Bearbeitungsfrist.

(6) <sup>1</sup>Das Thema kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung des Prüfungsausschusses innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. <sup>2</sup>Andernfalls wird die Masterarbeit bei Rückgabe des Themas mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(7) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache oder mit Zustimmung der Betreuerin oder des Betreuers in englischer Sprache abzufassen. <sup>2</sup>Die Masterarbeit enthält am Ende eine Zusammenfassung der Ergebnisse sowie einen kurz gefassten Lebenslauf der Verfasserin oder des Verfassers. <sup>3</sup>Die Titelseite ist nach dem vom Prüfungsausschuss beschlossenen Muster zu gestalten. <sup>4</sup>Die Masterarbeit muss mit einer Erklärung der Studierenden oder des Studierenden versehen sein, dass die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. <sup>5</sup>Die Masterarbeit ist in drei Exemplaren bei der Betreuerin oder dem Betreuer abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist schriftlich festzuhalten. <sup>6</sup>Wird die Masterarbeit nicht fristgerecht abgegeben, wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(8) <sup>1</sup>Die Masterarbeit wird in der Regel von der Betreuerin oder dem Betreuer beurteilt; § 15 Abs. 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. <sup>2</sup>Der Prüfungsausschuss wirkt daraufhin, dass die Masterarbeit innerhalb von drei Monaten begutachtet ist.

(9) <sup>1</sup>Die Masterarbeit ist angenommen, wenn sie mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. <sup>2</sup>Sie ist abgelehnt, wenn sie mit „nicht ausreichend“ bewertet ist.

(10) <sup>1</sup>Ist die Masterarbeit abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Studierende oder der Studierende sorgt dafür, dass sie oder er innerhalb des nach der Bekanntgabe der Ablehnung folgenden Semesters ein neues Thema für die Wiederholung der Masterarbeit erhält; andernfalls gilt die Masterarbeit als endgültig nicht bestanden. <sup>3</sup>Für die Wiederholung der Masterarbeit gelten die Absätze 1 und 3 bis 9 entsprechend; eine Rückgabe des Themas ist ausgeschlossen. <sup>4</sup>Der Prüfungsaus-

schluss kann, sofern dies nach Lage der Gutachten nicht ausgeschlossen ist, mit dem Einverständnis der Studierenden oder des Studierenden gestatten, eine überarbeitete Fassung der Masterarbeit innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe der Ablehnung vorzulegen; im Falle der Umarbeitung gelten die Absätze 1 bis 8 entsprechend.

### **§ 28 Wiederholung**

(1) <sup>1</sup>Mit Ausnahme der Masterarbeit kann jede nicht bestandene Modulprüfung zweimal wiederholt werden. <sup>2</sup>Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt. <sup>3</sup>Die Wiederholungsprüfung muss spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses abgelegt sein. <sup>4</sup>Die Frist zur Wiederholung wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen. <sup>5</sup>Bei Versäumung der Wiederholung oder der Wiederholungsfrist gilt die Prüfung als nicht bestanden, sofern der Prüfungsausschuss der Studierenden oder dem Studierenden nicht wegen besonderer, nicht selbst zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt. <sup>6</sup>Die Regeln über Mutterschutz und Erziehungsurlaub (§ 7 Abs. 2) finden Anwendung.

(2) <sup>1</sup>Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung desselben Moduls ist nicht zulässig. <sup>2</sup>Statt nicht bestandener Module können jedoch andere, alternativ angebotene Module absolviert werden; die Fehlversuche im vorangegangenen, alternativ angebotenen Modul werden angerechnet. <sup>3</sup>Entsprechendes gilt für Module, die im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 6 zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen besucht und abgeschlossen werden. <sup>4</sup>Besteht die Studierende oder der Studierende zusätzliche Module, legt sie oder er selbst fest, welche der Leistungen in die Notenberechnung eingebracht werden soll. <sup>5</sup>Die getroffene Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens vier Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses mitzuteilen. <sup>6</sup>Die Wahl wird damit bindend. <sup>7</sup>Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt von den einem Semester zugeordneten erbrachten Leistungen die bessere an. <sup>8</sup>Die nicht berücksichtigten Leistungen gehen nicht in die Note ein, sie werden im Transcript of Records ausgewiesen.

### **§ 29 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen**

(1) Diese Prüfungsordnung tritt am 1. Oktober 2007 in Kraft.

(2) <sup>1</sup>Studierende, die bei In-Kraft-Treten dieser Prüfungsordnung im Aufbaustudiengang Psychogerontologie mit Abschluss Diplom immatrikuliert sind, können auf Antrag in den Masterstudiengang Gerontologie wechseln. <sup>2</sup>Der Antrag ist an den Prüfungsausschuss zu richten. <sup>3</sup>Der Wechsel ist bindend.

## Anlage 1:

Nr	Modultitel	Zahl und Art der LV (SWS)	Anzahl PL	Anzahl SL	Notenanteil (%)	ECTS (PR)	ECTS je Semester			
							1	2	3	4
1	Grundlagen der Gerontologie (Basics of gerontology)	1 V, 1 HS, 2 S (8)	2	2	12.5	12.5 (12.5)		9.5	3	
2	Forschungsmethoden der Gerontologie (Research methods in gerontology)	3 S (5)	2	1	10.0	10.0 (10.0)	6	4		
3	Klinische Gerontologie (Clinical gerontology)	2 V, 1 HS, 1 S (8)	2	2	12.5	12.5 (12.5)	7	2.5	3	
4	Praxisfelder der Gerontologie (Gerontological fieldwork)	2 S (2)	0	2	0.0	5.0 (0)	5			
5	Gesellschaft und Altern (Society and aging)	3 S (5)	2	1	10.0	10.0 (10.0)		6	4	
6	Alternspsychologie (Psychology of aging)	1 V, 2 S (6)	2	1	12.5	12.5 (12.5)	8.5	4		
7	Psychogerontologische Intervention (Psychogerontological intervention)	1 V, 2 S (6)	2	1	12.5	12.5 (12.5)		4,5	8	
8	Gerontologisches Praktikum (Gerontological internship)	1 S (1)	0	3	0.0	10.0 (0)			10	
9	Wahlpflichtmodul (Compulsory optional subjects)	2 S (4)	0	2	0.0	5.0 (0)	2.5		2.5	
10	Masterarbeit und Kolloquium (Master thesis and colloquium)	1 Ko (2)	1 MG	1	30.0	30.0 (30)				<b>30</b>
<b>Insgesamt</b>		26 (47)	13	16	100.0	120 (100)	29	30.5	30.5	30

Anm.: V = Vorlesung, HS = Hauptseminar, S = Seminar, Ko = Kolloquium, SWS = Semesterwochenstunde, PL = Prüfungsleistung (mündl. Prüfung, Klausur, Referat, Hausarbeit), SL = Studienleistung, MG = Masterarbeit-Gutachten, ECTS = European Credit Transfer System Punkte, PR = Prüfungsrelevante ECTS Punkte.

## Anlage 2:

### Qualifikationsfeststellungsverfahren

(1) Das Qualifikationsfeststellungsverfahren wird bei Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Jahr vor Beginn der allgemeinen Vorlesungszeit (i.d.R. des Wintersemesters) durchgeführt.

(2) <sup>1</sup>Anträge auf Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren sind spätestens bis zum Aufnahmetermin bei der Studentenkanzlei der Universität zu stellen. <sup>2</sup>Dem Antrag ist das Zeugnis über ein abgeschlossenes einschlägiges Studium gemäß § 24 bzw. eine Leistungsübersicht des Prüfungsamtes und dessen Bestätigung, dass der Abschluss des Bachelorstudiums unmittelbar bevorsteht, beizufügen. <sup>3</sup>Liegt das Abschlusszeugnis zum Termin nach Satz 1 noch nicht vor, kann allgemein oder im Einzelfall eine Frist zur Nachreichung gewährt werden.

(3) <sup>1</sup>Im Qualifikationsfeststellungsverfahren wird anhand

1. des Bildungsganges, insbesondere der Leistungen im bisherigen Studium,
2. soweit geboten der fachlichen und methodischen Kenntnisse

beurteilt, wer die Qualifikation für ein Masterstudium gemäß § 24 der Prüfungsordnung aufweist. <sup>2</sup>Ziel ist es festzustellen, ob die Bewerberinnen oder Bewerber den erhöhten Anforderungen des Masterstudiums genügen und in der Lage sein werden, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten.

(4) <sup>1</sup>Das Qualifikationsfeststellungsverfahren wird in zwei Stufen durchgeführt. <sup>2</sup>Zunächst findet eine Vorauswahl statt, in der aufgrund der eingereichten Unterlagen geprüft wird, ob

1. eine Aufnahme in das Masterstudium ohne ein Auswahlgespräch gemäß § 24 gerechtfertigt ist,
2. die Aufnahme wegen einer bereits aus den Unterlagen erkennbaren unzureichenden Eignung gemäß § 24 abzulehnen ist oder
3. wegen fehlender Vergleichbarkeit des Abschlusses oder aufgrund der Unterlagen nicht abschließend zu beurteilender Eignung der Bewerberin oder des Bewerbers oder Einschlägigkeit des Studiengangs eine Entscheidung aufgrund einer mündlichen Prüfung erfolgen kann. <sup>3</sup>Wer nicht aufgenommen oder nicht zum Auswahlgespräch zugelassen wird, erhält einen Ablehnungsbescheid. <sup>4</sup>Eine nochmalige Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren ist ausgeschlossen.

(5) <sup>1</sup>In der zweiten Stufe des Qualifikationsfeststellungsverfahrens werden die Bewerberinnen oder Bewerber, die zum Auswahlgespräch zugelassen sind, zu einem Gespräch vor zwei von der Zulassungskommission bestellten Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern geladen; die Bewerberinnen oder Bewerber tragen ihre diesbezüglichen Kosten selbst. <sup>2</sup>Der Termin wird den Bewerberinnen oder Bewerbern spätestens eine Woche vorher bekannt gegeben. <sup>3</sup>Das Auswahlgespräch von ca. 20 Minuten Dauer soll zeigen, ob zu erwarten ist, dass die Bewerberinnen oder Bewerber das Ziel des Masterstudiums auf wissenschaftlicher Grundlage selbständig und verantwortungsbewusst erreichen werden; sie erstreckt sich auf Grundkenntnisse und Zusammenhänge, die Voraussetzung für ein erfolgreiches Masterstudium sind. <sup>4</sup>Die Bewertung lautet „geeignet“ oder „nicht geeignet“. <sup>5</sup>Die Feststellung der Eignung kann mit Auflagen gemäß § 24 Abs. 2 Satz 2 verbunden werden. <sup>6</sup>Die Entscheidungen im Qualifikationsfeststellungsverfahren ergehen schriftlich.